

# Krafauer Zeitung.

Nr. 48.

Dinstag den 28. Februar

1865.

Die „Krafauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafa 3 fl., mit Verrechnung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 33 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grob-Gasse Nr. 107.

IX. Jahrgang.

Gebühr für Inserationen im Amtsblatt für die vierstellige Beizeile 5 Kr., im Anzeigenblatt für die erste Einrückung 3 Kr., für jede weitere 3 Kr. Sondernummern für jede Einschaltung 30 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Sudweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

## Amtlicher Theil.

Se. k. i. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entscheidung vom 5. Februar d. J. dem Statthalterrathe der böhmischen Statthalter Carl Grünig anlässlich der über sein Ansuchen erfolgten Verlegung in den bleibenden Ruhestand die allerhöchste Zufriedenheit mit seiner vielfältigen eifrigen und belobten Dienstleistung allergnädigst ausgedrückt geruht.

## Nichtamtlicher Theil.

Krafa, 28. Februar.

Die preussische Depesche, schreibt das Fremdenblatt, soll aus zwei Schriftstücken bestehen, aus einem diplomatischen Schriftstück und aus einem starken Hefte, welches die Forderungen der Sachminister enthält. Erstere verwirft abermals den Vorschlag einer provisorischen Einsetzung des Prinzen von Anhalt-Burg. Auf die Besitzfrage will Preußen nicht eingehen, bis es den Ausspruch der Kronjuristen kennt. Doch soll schon die Form ausgesprochen sein, in welcher dann die Entscheidung zu treffen wäre, nämlich durch ein deutsches Schiedsgericht. Das Hefte mit den Forderungen der Sachminister bezieht sich daher nur auf den Fall, daß die Herzogthümer nicht annektiert und auch nicht unter preussische Suzeränität gestellt würden. Hier ist nun von dem die Ostsee mit der Nordsee verbindenden Canal, von Rendsburg und Kiel, von den Leistungen der Herzogthümer für die preussische Marine, von den Handelsbeziehungen usw. die Rede. Bestimmtes und Eingehendes ist noch nicht bekannt geworden. Da die Besitzfrage in die Ferne gerückt ist, so wird die Frage nicht gefördert, ob nun Oesterreich die preussischen Specialforderungen bloß zur Kenntniss nimmt oder sich in Erörterungen über dieselben einläßt. Das Eine bleibt unverändert, daß Preußen nichts ohne Oesterreich und dieses nichts ohne Preußen in der Sache thun könne. Die gegenwärtig besonders guten Beziehungen der Mittelstaaten zu Oesterreich lassen darauf schließen, daß dieses fest entschlossen sei, das Bundesrecht zu wahren.

Das preussische Memorandum mit den bewußten Vor- und Anlehnungs-Bedingungen, schreibt die „Presse“, soll so viel fordern, daß jeder eventuelle Herrscher der Herzogthümer nur ein Schattensoverän wäre; es sei dem, Preußen erlinge mit der Zeit selbst noch den Souveränitäts-Titel für sich. Das Berliner Cabinet fordert nicht weniger als die Bundesfestung und den Bundeskriegshafen mit preussischer Besatzung und Flotte; das Matrosen-Aushebungsgesetz; diplomatischen, militärischen und maritimen Anschluß, verbürgt durch Anlehnungs-Conventionen; ferner eine Art Eigenthumsrecht auf den Nord-Ostsee-Canal mit den dazu gehörigen Ufergründen; kurz so viel, wie die „Presse“ befürchtet, das österreichische Cabinet bei dem besten Willen, den Schimmer der sogenannten conservativen preussischen Allianz eingermessen fortleuchten zu lassen, gleichwohl sich gedrungen fühlen muß, der preussischen Kundgebung gegenüber ein Non possumus erschallen zu lassen.

Es verlautet, daß der Depeschenwechsel, welcher in der letzten Zeit zwischen Berlin und Wien in der Herzogthümerfrage statt gefunden, in Kurzem veröffentlicht werden soll.

Das bairische Cabinet, schreibt man der „K. Ztg.“ aus Wien, ist von dort aus bewegt worden, bezüglich Schleswig Holsteins noch die bevorstehende preussische Erklärung abzuwarten; Oesterreich werde nach Verlage derselben irgend einen entscheidenden Entschluß fassen können. Daß der Bund wieder in die Action treten werde, sieht man nachgerade als unvermeidlich an.

Bekanntlich hat der Kaiser L. Napoleon in der Thronrede zwar die Unabhängigkeit des heiligen Stuhles, aber nicht die weltliche Herrschaft des Papstes erwähnt. Dies hat zu den verschiedensten Deutungen Veranlassung gegeben und ist namentlich in kirchlichen Kreisen übel vermerkt worden, in denen man dadurch bestätigt fand, daß Frankreich die weltliche Herrschaft des Papstes als entbehrlich erachtet. Die Wahrheit ist aber — schreibt man der „Const. Destr.“ aus Paris — daß der Kaiser es sowohl im Interesse Italiens als auch des Papstthums für notwendig erachtet, daß der Papst in Rom bleibe. Statt aber sich zu bekämpfen, sollen Italien und der Papst sich entgegenkommen. Das Papstthum soll auf die ihm unentbehrliche Unabhängigkeit nicht verzichten, seine Souveränität soll gewahrt bleiben. Nomineller Souverän Roms, soll der Papst die Regierung in die Hände der Stadt selbst zurückgeben, die ihrerseits in die enge Verbindung des Vortretens und der Civilisation mit dem Königreich zu treten hätte. Mit einem Worte, Rom soll unter der Souveränität

des Papstes vom Municipalsystem registert werden. Auf dieser Basis soll eine Ausöhnung zu Stande gebracht werden.

Von der russischen Gränze wird dem „Boten“ unter dem 22. Februar geschrieben: Der französische Gesandte an unserem Hofe, Baron Alleyrand, welcher einen sehr lebhaften Verkehr mit dem Vizekanzler unterhält, ist seit einiger Zeit sehr eifrig bemüht, bessere Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich anzubahnen. In einer seiner Besprechungen mit dem Gesandten bezeichnete Fürst Gortschakoff als *conditio sine qua non*, daß der Kaiser Napoleon in seiner Thronrede absolutes Stillschweigen über Polen beobachte. Baron Alleyrand referirte hierüber nach Paris und war schon nach wenigen Tagen in der Lage, den Vizekanzler von der bestimmten Zulage des Kaisers zu verständigen, welche dieser auch getreulich hielt. In Folge dessen hat in der That in St. Petersburg eine günstigere Stimmung für Frankreich Platz gegriffen. Als Symptom derselben können Sie betrachten, daß der Großfürst Thronfolger die Erlaubnis, *incognito* Paris zu besuchen, um welcher bereits wiederholt vergeblich angelacht, endlich erhalten, doch wird der Besuch erst mit der Reise des Prinzen Napoleon nach Genua zusammenfallen, da man nach der Beleidigung, die dem russischen Gesandten Baron Bubberg von Seite des Prinzen, der ihm keine Einladung zu dem großen Ballfeste zugesendet, widerfahren, den Thronfolger nicht nach Paris gehen lassen kann, während der Prinz dort weilt. Der Kaiser wird in Folge der polenfreundlichen Rufe, welche an den Bahnhöfen von Lyon und Avignon während seiner letzten Anwesenheit in Frankreich erschollen, den französischen Boden wohl sobald nicht betreten, die Kaiserin nicht in Nizza abholen, sondern sie an der deutschen Gränze erwarten. Aus Italien sind Berichte über auf einen Putsch im Frühjahr abzielende Umtriebe der dort lebenden Polen eingetroffen. In Folge dieser hat unser Gesandter in Turin, Baron Kisseff, die Weisung erhalten, dem Könige Victor Emanuel Vorstellungen zu machen. Baron Kisseff hat sich dieses Auftrages bereits entledigt und wie wir vernehmen, Zusicherungen erhalten, daß den Antrieben der Emigration gesteuert werden soll.

In einem polemischen Artikel gegen die „Mosk. Zeitung“ sagt die deutsche „Petersburger Zeitung“: Die „Moskauer Zeitung“ macht uns den Vorwurf, gesagt zu haben, die Einigkeit Deutschlands sei für Rußland nicht unvortheilhaft, Deutschland könne für Frankreich eine Drohung sein, für Rußland aber eine Schutzmauer. Die „Moskauer Zeitung“ nennt das deutsche Politik. Sie will aber nur eine russische Politik, gegründet auf russische Interessen. Hierin glauben wir mit dem Moskauer Blatte vollständig übereinzustimmen. Es handelt sich nur darum, was man unter russischen Interessen versteht. Die „Moskauer Zeitung“ will, daß Rußland seinen moralischen Einfluß geltend mache, um den preussischen Vergrößerungsplänen entgegenzutreten, welche nach der „Moskauer Zeitung“ die Interessen Rußlands gefährden, weil sie bezwecken, das territoriale Gleichgewicht der Wiener Verträge zu zerstören und das maritime Gleichgewicht in der Ostsee umzugestalten. Wir zollen dieser Achtung vor den Wiener Verträgen unsern aufrichtigen Beifall. Wir möchten aber zunächst wissen, was die „Moskauer Zeitung“ unter moralischem Einfluß versteht. Die „Moskauer Zeitung“ giebt selbst zu, daß Oesterreich, obgleich sehr direct in der Frage interessiert, nicht so weit gehen könne, einen Krieg mit Preußen zu beginnen. Befindet sich Rußland etwa in anderer Lage? Soll Rußland in einer Vergrößerung Preußens im Norden von Deutschland eine so bedeutende Gefahr für sich sehen, daß es in seiner gegenwärtigen inneren und äußeren Lage sich dazu fortreißen lassen könnte, eine solche Vergrößerung mit dem Schwerte in der Hand zu verhindern? Wir denken, nein. Und die „Moskauer Zeitung“ ist auch unserer Ansicht, denn sie spricht nur von moralischem Einfluß. Ohne Zweifel hat die russische Regierung mit Bedauern die Schwächung der dänischen Monarchie und die Zerstörung jenes Gleichgewichts bemerkt, welches durch die Verträge hergestellt war. Die annexionsistischen Tendenzen Preußens sind ein böses Beispiel und ein gefährlicher Präcedenzfall. Es ist anzunehmen, daß die russische Regierung ihre Ansicht darüber nicht verhehlt hat. Statt aber die Zwietracht im Schoße Deutschlands noch mehr anzufachen, mit dem Risiko, einen europäischen Brand entzündet zu haben, in welchen Rußland zu seinem Schaden hineingezogen werden könnte und der vielleicht zu Consequenzen führen möchte, die dem europäischen Gleichgewicht noch nachtheiliger wären — statt dessen ist es schlüger, zur Eintracht zu mahnen und seinen moralischen Einfluß anzuwenden, um die Einigkeit in Deutschland zu erhalten.

Nach Berichten aus Lissabon erwiderte der Conventspräsident auf eine in der Pairs-Kammer an ihn gestellte Anfrage, daß der Befehlshaber der nach Brasilien abgezogenen Schiffsddivision die gemessensten Befehle hat, in dem zwischen Brasilien und den südamerikanischen Freistaaten ausgebrochenen Conflict die strengste Neutralität zu beobachten und sich auf den Schutz portugiesischer Interessen zu beschränken.

Fr. Douay de Luys hat, wie man der „K. Z.“ schreibt, den außerordentlichen Gesandten von Montevideo am 23. d. empfangen und ihm erklärt, daß Frankreich Angesichts der Ereignisse von La Plata nichts thun werde, ohne sich vorher mit England verständigt zu haben.

Der Papst hat, einer Madrider Depesche zufolge, den Kaiser von Mexico in einem eigenhändigen Schreiben beschworen, sein Decret über die Säcularisirung der Kirchengüter zurückzunehmen.

Von Havana aus wird die angebliche Gebietscession an Frankreich und die Ernennung des Senators Owin zum Vizekönig entschieden demittirt. Owin habe seine Bemühungen in Mexico nicht durchsetzen können und sei auf dem Wege nach Europa, um dort daselbst zu versuchen.

Herr v. Lesseps verspricht, daß im Monat Juni 1868 der Canal von Suez der großen Schiffahrt übergeben werden wird. Für jeden Monat, um den die angesagte Eröffnung des Canals verzögert wird, soll er 500.000 Francs Esatz zahlen, und für jeden Monat, um den diese Eröffnung früher stattfindet, soll er 500.000 Francs Vergütung erhalten.

Die „France“ bringt Nachrichten aus Madagascar. Es war früher bereits die Rede von dem kaiserlichen Empfang, der dem englischen Consul, Fr. Pakenham, in der Hauptstadt der Hoyas bereitet worden war. Die jetzt angelangte Post meldet, daß die Ursache dieses glänzenden Einzuges des Herrn Pakenham in Tananariva, welches er nach der Ermordung Radama's II. verließ, die Unterzeichnung eines Vertrages mit England war. Unter den Anforderungen der Engländer figurirt das Recht, auf Madagascar Besitz zu erwerben, und dasjenige, von der Consular-Gerichtsbarkeit geschützt zu sein. Obgleich man sich gern der englischen Regierung angenehm bezeigen möchte, so hat man doch bisher auf diese beiden Punkte noch nicht eingehen wollen.

Der „Gaz.“ widmet seinen neuesten Leitartikel der Wichtigkeit der am 6. d. M. zusammenberufenen Generalversammlung der Mitglieder der Krafauer Agronomischen Gesellschaft mit der Aufforderung einer möglichst zahlreichen Theilnahme an derselben und spricht noch die Hoffnung aus, daß das laufende Jahr nicht ohne Veranstaltung einer Ackerbau-Ausstellung verfließen werde, welche nach dreißigjähriger Unterbrechung nicht ohne Nutzen wäre. Jedes Symptom von Arbeit und Bestrebungen in wohl vorgezeichneten und nicht weiten Grenzen könne man stets als tröstliches Zeichen betrachten und zugleich als Beweis, daß die Nothwendigkeit der Pflichterfüllung von Seiten der Bürger (Gutsbesitzer) begriffen werde. Der Artikel stellt noch bei Erwähnung der durch die politischen Ereignisse der letzten paar Jahre gehemmten weiteren Entwicklung der Wirksamkeit der Agronomischen Gesellschaft mit einer durch einen schmerzlichen Schlag betroffenen Familie an: „Ein schlechter Rathgeber wäre, wer die Hände im Schoß bei der Vergangenheit in beschaulichen Erinnerungen zu leben, sich der unbewussten Trauer der Verzweiflung hinzugeben, um die Zukunft sich nicht zu kümmern rathe. Im Gegentheil, Mannesstärke ist's, um so größere Energie zu entwickeln, desto tüchtiger an die Arbeit zu gehen und dem von der Verlebung vorgezeichneten Felde.“ Die öffentlichen Dattent seien zu einer Plauderei im engen Kreis entartet; man müsse sich bemühen, dahin zurückzuführen, wovon langer Mangel an Praxis entzündet habe. Nicht Klagen und Expectationen, sondern die Ausfindungsmachung verständiger und praktischer Mittel zur Abhilfe der schweren Folgen der Schläge im landwirtschaftlichen Fach müsse die Mitglieder der Generalversammlung beschäftigen. Der „Gaz.“ schließt mit der Hoffnung, daß die am 6. März zu eröffnende dieser Erwartung entsprechen werde. Der „Gaz.“ ableicht den Kreuzrittern, die auch Schwert und Balm zugleich mit sich führten, letzteren aber stets erst dann spendeten, wenn sie mit dem Schwert Wunden geschlagen hatten.

Wiener Blätter bringen folgendes „Eingekannt“: In einem der hiesigen Tagesblätter wurde in der verflorenen Woche die Zuschrift, angeblich einer israelitischen Gemeinde im Krafaer Gebiete, veröffentlicht, in der über den Inhalt einer von mir am 22. Dec-

ember v. J., im Namen meiner Glaubensgenossen jenes Kronlandes, vor den Stufen des Thrones überreichten Petition, Bedenken und Besorgnisse erhoben worden sind, — die mich heute bestimmen, das betreffende Majestäts-Gesuch nachstehend wortgetreu der Öffentlichkeit zu übergeben.

Wien, 24. Februar 1865. Sg. Deutsch, k. k. Hofwechler.

Cure k. k. Apost. Majestät! Allerdurchlauchtigster Kaiser und Herr!

Das erhabende Bewußtsein, daß es dem ehrfurchtsvoll Gefertigten, seit dem glorreichen Regierungsantritte Eurer Majestät, jedes Jahr gestattet war, im Interesse seiner Glaubens-Angehörigen vor die Stufen Ihres erhabenen Thrones zu treten, — die hocherfreuliche Thatsache, daß Allerhöchstihrselben bei so vielen Gelegenheiten, so es nur die Verhältnisse gestatteten, die kaiserliche Gnade walten zu lassen, fast im Sinne des Bittstellers allergnädigst entschieden haben, — ermutigen denselben, laut Beilagen a), b) und c) — von einer israelitischen Bevölkerung von nahe an 200.000 Seelen zu diesem Ende gerufen und bevollmächtigt, — neuerdings Eurer Majestät huldvolle, väterliche Fürsorge für die traurigen bürgerlichen Zustände der Juden in Galizien, der Bukowina und des Großherzogthums Krafa in aller Demuth zu erbitten.

Seit mehr als 25 Jahren haben die ärmeren Jüden-gemeinden, Rabbiner und Laien aus allen Provinzen des Reiches, so oft ihr Interesse in irgend einer Weise gefährdet schien, in die Bittretung und Fürsprache des ehrfurchtsvoll Gefertigten ihr Vertrauen gesetzt. — Da bei allen wichtigen Angelegenheiten die nöthigen Majestäts-Gesuche und alle Schriftstücke für die betreffenden Hof- und Landesstellen von ihm persönlich verfaßt worden, weißes eben derselbe: wie auch die Wärel innerhalb dieser ereignisvollen Zeit gefallen sind, und in welcher Richtung sich die Juden in Oesterreich auch bebrängt fühlten, niemals versuchten dieselben für ihre besten und heiligsten Interessen einen andern Schritt, als sich dem Schutze und der Gnade ihres kaiserlichen Herrn anzuvertrauen. Mit derselben vertrauensvollen Hingebung legen die Juden der genannten Kronländer auch heute ihr Geschick vor den Stufen des Thrones nieder, und möchten nur die trotzliche Verhübung mit sich nehmen, daß ihre kümmerliche und bebrängte Lage Eurer k. k. Apostolischen Majestät nicht fremd geblieben sei.

Die Bedingungen, welche im Jahre 1860 den Juden in Galizien, der Bukowina und in dem Großherzogthum Krafa zur Erwerbung von Liegenenschaften vorgezeichnet worden sind, und die hiedurch entstandene offene und zurückgelegte derselben gegen ihre eigenen Glaubensgenossen im ganzen Reiche, haben sie in den Augen der Welt auf eine Stufe der Civilisation hingestellt, welche in allen Kreisen der gesellschaftlichen Verhältnisse tief und schmerzlich empfunden wird. Wenn nun eine solche Ausnahmestellung fürs ganze Leben, inmitten der verschiedenen Volksstämme des großen Kaiserreiches, schon an und für sich höchst betrübend bleibt, so verursachen die laut Reichsgesetzblatt, ddo. 18. Februar 1830, für die Israeliten in Galizien, der Bukowina und dem Großherzogthum Krafa ausgesprochenen Beschränkungen, die größten Hindernisse für jeden soliden und sicheren Erwerbszweig.

Die weit überwiegende Mehrtheit der israelitischen Bevölkerung dieser Kronländer hat keine Gymnasien abelwilt, und kann sich auch den ihr zur Erwerbung von Grund und Boden vorgezeichneten Real- und Handelschulprüfungen dormalen nicht unterziehen. Es fehlt somit den dortigen Juden die nöthige Intelligenz, um sich auf dem Gebiete der Industrie und des Handels in der heutigen Zeit mit Sicherheit und Erfolg bewegen zu können. Unter solchen Verhältnissen bleiben dieselben, wie jeder Landmann ausschließlich auf Feldbau, Viehzucht und Oeconomicie überhaupt angewiesen. Wenn ihnen nun auch diese Erwerbsquelle verdrückt bleibt, so werden Tausende von Familien in dieser hilflosen Lage zu erfindersischen Geschäftsunternehmungen gedrängt, die allerdings nicht selten zum Nachtheil zweier und dritter Personen ablaufen, was aber leider, so oft solche Fälle vorkommen, immer als charakteristisches Merkmal der ganzen Nation bezeichnet und deutlich hervorgehoben wird!

Kaiserliche Majestät! 500.000 regierungstreue Staatsangehörige, um das Geschick und die Zukunft ihrer Angehörigen auf das Allernächstste besorgt, appelliren an die großmüthige kaiserliche Huld ihres legitimen Landesherrn. — Alles und Jedes Allerhöchsten und allergnädigsten Entscheidung gänzlich anheimstellend, haben dieselben keine publicistische Feder und keinen Zursitter zum Wortführer ihrer Sache bestellt, — einen Glaubensgenossen aus ihrer Mitte haben sie zu ihrem Fürsprecher gewählt und ihm die wahrheitsgetreue Darstellung ihrer Lage anvertraut. — Mögen diese schlichten Worte vor dem ältesten und ehrwürdigsten Fürstenthron Gnade und Gewährung finden.

Mit einer solchen Aufgabe für und von seinem eigenen Volke betraut, möchte der ehrfurchtsvoll Gefertigte diese erhabene Stätte nicht verlassen, ohne ein Wort zu Gunsten einer so ängstlich erwarteten Entscheidung gesprochen zu haben: — Was auch seit 3000 Jahren gegen den





